



BERGHEIM

SPD

SPD – Fraktion im Rat der Stadt Bergheim

Bethleheimer Straße 9 - 11
50126 Bergheim

Telefon: 02271 / 89 437
Fax: 02271 / 89 439

Email: spd-fraktion@bergheim.de
www.spd-fraktion-bergheim.de

Unser Zeichen: FA/RO
Datum: 22.02.2016

SPD-Fraktion – Bethleheimer Str. 9-11 – 50126 Bergheim

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Pfordt

Im Hause

Bergheim, den 22.02.2016

Antrag an den Rat der Stadt Bergheim am 14.03.2016
gem. § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 25 und § 26 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bergheim
Hier: Solidarität mit den Städten im Kreis – Kreisumlage 2016 senken!

Sehr geehrte Frau Pfordt,

die SPD-Stadtratsfraktion beantragt zur Ratssitzung am 14.03.2016 die Einrichtung eines Tagesordnungspunktes „Solidarität mit den Städten im Kreis – Kreisumlage 2016 senken!“ und bringt folgenden **Beschlussentwurf** zur Beratung und Abstimmung ein:

Der Stadtrat fordert den Kreistag auf, den Hebesatz der Kreisumlage 2016 auf 41,8% zu senken.

Begründung:

Mit dem Beschluss des Landtags über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 steht fest, dass der Rhein-Erft-Kreis mit einem Mehrertrag bei Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen i. H. v. 21,03 Mio. Euro über dem Haushaltsansatz 2016 rechnen kann. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei der Landschaftsumlage i. H. v. 7,88 Mio. Euro. Insgesamt profitiert der Rhein-Erft-Kreis mit etwa 13,15 Mio. Euro an ungeplanten Mehrerträgen vom Gemeindefinanzierungsgesetz 2016.

Der Rhein-Erft-Kreis erhält die Kreisumlage zur Finanzierung seiner Aufgaben von den Städten im Kreis. Bei der Beratung des Doppelhaushalts 2015/2016 ist der Kreis davon ausgegangen, etwa 252 Mio. Euro im Jahr 2016 von den Städten zu benötigen. Viele Städte stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Die Kreisumlage stellt für sie einen enormen Kostenblock im Haushalt dar, der im großen Umfang Mittel bindet, die zur Finanzierung der städtischen Aufgaben fehlen. In vielen Städten mussten deshalb Standards der Aufgabenerfüllung gesenkt werden, Steuern wurden erhöht oder Dienstleistungen für die Bevölkerung konnten nicht mehr erbracht werden.

Es ist deshalb ein Akt der Solidarität, die Städte ganz oder zumindest teilweise von den ungeplanten Mehrerträgen profitieren zu lassen und den Hebesatz der Kreisumlage zu senken.

Mit freundlichen Grüßen

Fadia Faßbender
Fraktionsvorsitzende